sprechen, man dürfe nicht übersehen, daß diese Ordnungen einen seinhaften Bezug auf das Heil in Christus haben, daß sie also auch christologisch zu verstehen sind. Wie nahe kommt Wendland hier der Verkündigung des verstorbenen Papstes! Kein Wunder, daß er fordert, man solle in einen kritischen Dialog mit dem katholischen Naturrecht eintreten, aber lieber vom Gottesrecht statt vom Naturrecht sprechen, da die evangelische Gesellschaftslehre nicht an eine intakte, organisch wirkende Naturordnung glauben könne (Nr. 11). Nur von diesem Gottesrecht her sei dem „sekundären System“ der heutigen Gesellschaft wirksam zu begegnen, das nicht auf der göttlichen Heilsordnung, sondern nur auf menschlichen Zweckmäßigkeiten errichtet worden ist. Aber dazu bedürfe es einer von der Kirche auszubildenden künftigen Elite, die aus allen Schichten und Gruppen der Gesellschaft zusammentreten müsse, um das Christsein in die Welt zu tragen: „Um die möglichst einfache, lapidare Fassung dieser Grundnormen müssen wir ringen“ (Nr. 14). Eine Aufgabe, von der Wendland weiß, daß sie nicht von den evangelischen Kirchen und auch nicht von der Ökumenischen Bewegung allein bewältigt werden kann. Denn es gehe zugleich um die Schaffung eines internationalen Ethos (Nr. 17), das die Möglichkeit gibt, um des Friedens willen mit allen Nichtchristen zusammenzustehen und zusammenzuarbeiten in der Sorge um den bedrohten Menschen (Nr. 20).

Der katholische Leser empfindet bei diesen Gedanken weniger die evangelischen Vorbehalte gegen eine „gesetzliche Ethik“ und einen „sakramentalen Verwandlungsenthusiasmus“, der übrigens auch nicht katholisch ist, sondern eher eine starke sachliche Verbundenheit. Er kann nur hoffen, daß diese in absehbarer Zeit auch in einer amtlichen Form zum Ausdruck kommt, wenn die evangelische Soziallehre gefestigt ist und ihre katholischen Gesprächspartner diesen Prozeß nicht ihrerseits durch ein unnötiges Hantieren mit traditionellen Schulbegriffen erschweren, die den Evangelischen unverständlich bleiben müssen. Es gehört wohl zur Verantwortung und zur wahren Menschlichkeit der katholischen Kirche in diesem Kairos, daß sie ihre Lehre allen Menschen verständlich macht.

Die griechischen Orthodoxen zur Ankündigung des Konzils durch Papst Johannes XXIII.

Noch hat sich das griechisch-orthodoxe Patriarchat von Konstantinopel nicht offiziell zum päpstlichen Konzilsplan geäußert. In der von uns bereits erwähnten ersten Reaktion eines Theologen des Patriarchats hieß es: „Es bestehen enorme Schwierigkeiten, und die Vertreter unserer Kirchen müssen sich anstrengen, um zu einem Ergebnis zu kommen. Die Geste des Papstes ist sehr liebenswert, aber vieles trennt uns. Die Hauptschwierigkeiten sind der Primat des Papstes und das Trinitätsdogma. Wenn der Vorschlag des Vatikans bezweckt, die orthodoxe Kirche dem Papst zu unterwerfen, kann er nicht in Betracht gezogen werden. Aber wenn es sich darum handelt, die Einheit im Schoße der Kirche und ein echtes gegenseitiges Verständnis zu verwirklichen, so kann er angenommen werden.“ Auch in den dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel nahestehenden Laien-

kreisen ist der Plan des Papstes mit Interesse aufgenommen worden. Man betont jedoch, daß diese Frage die Gesamtorthodoxie angehe und das Ökumenische Patriarchat keine Antwort erteilen könne, ohne sich mit den autokephalen orthodoxen Kirchen beraten und eine gemeinsame Entschließung angenommen zu haben (La Croix, 28. 1. 59; Le Monde, 28. 1. 59).

Die Relevanz der griechischen Stimmen

Wenn die Orthodoxie tatsächlich zu einer gemeinsamen Beschlußfassung kommt, wird dabei die Position der Kirche von Griechenland von besonderem Gewicht sein. Die Kirche von Griechenland ist die einzige orthodoxe Kirche außerhalb der kommunistischen Staatenwelt, die als eine geschlossene Geistesmacht eine festgefügte Volkskirche repräsentiert (ungefähr 97% der Landesbevölkerung sind orthodox) und die in ihren Entscheidungen frei von den politischen Rücksichten ist, die die Mehrzahl der autokephalen Kirchen zu nehmen hat. Auch wegen ihrer engen Bindung zum Patriarchat von Konstantinopel kommt ihrer Stellung besondere Bedeutung zu.

Das Verhältnis der griechisch-orthodoxen Kirche zu Konstantinopel

Der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel blieb auch nach dem Untergang des griechisch-byzantinischen Reiches und Staatskirchentums das geistliche Oberhaupt aller Griechen unter türkischer Herrschaft, ja die Pforte übertrug ihm erhebliche zivilrechtliche Befugnisse über die griechische Bevölkerung. Als die Revolution der Griechen gegen die türkische Herrschaft ausbrach, beteiligte sich an ihr ohne Zögern auch die hohe und niedere griechische Geistlichkeit mit der Waffe in der Hand. Gregorius V., Patriarch von Konstantinopel, wurde von den Türken hingerichtet. Sein Nachfolger blieb in der alten Kaiserstadt, war aber in seinen Entscheidungen der selbstständig werdenden Kirche von Hellas gegenüber nicht frei, sondern der Willkür des Sultans ausgeliefert. Die Kirche in den befreiten griechischen Gebieten wurde faktisch unabhängig von Konstantinopel und nahm die vom Patriarchen-Synod ernannten Bischöfe nicht mehr an. Obwohl das Patriarchat 1828 versuchte, das alte Verhältnis wiederherzustellen, erklärte die Kirche von Hellas 1833 endgültig ihre Unabhängigkeit. Aber die alte Verbundenheit mit der „Großkirche“ als mit der Spitzenrepräsentantin hellenisch-christlichen nationalen Wesens kommt noch heute zum Ausdruck, nicht zuletzt in einer gewissen Romantik, für die Konstantinopel — als idealer Begriff, nicht als das jetzige Istanbul — die „vielgeliebte Stadt“, die Stadt katexochen bleibt. Art. 2 der griechischen Verfassung bestimmt: „Die Orthodoxe Kirche von Griechenland bleibt, indem sie als Haupt unseren Herrn Jesus Christus anerkennt, hinsichtlich ihrer Lehre unauflöslich mit der Großkirche von Konstantinopel vereinigt, sowie mit jeder anderen Kirche Christi desselben Bekenntnisses . . .“ Die Übersetzung der Heiligen Schrift ohne Genehmigung sowohl der Kirche von Griechenland als auch der „Großkirche Christi in Konstantinopel“ wird in demselben Paragraphen verboten. Das enge Verhältnis zum Ökumenischen Patriarchat kommt ferner darin zum Ausdruck, daß einige griechische Kirchengebiete unter die Jurisdiktion Konstantinopels gegeben sind: Dodekanes und der heilige Berg Athos. Vor allem zeigt die Behandlung der Diasporafrage, daß man die Kirche von

Konstantinopel als die eigene empfindet. Im Gegensatz zu allen anderen nichtgriechischen orthodoxen Kirchen erhebt die griechische keinen Anspruch auf die Jurisdiktion über die Diaspora, sondern überläßt diese völlig dem Patriarchen von Konstantinopel. Wenn ein griechischer Bischof, Geistlicher oder Laie emigriert oder vorübergehend ins Ausland geht, untersteht er automatisch einer griechischen Kirchengemeinde, die zur Jurisdiktion Konstantinopels zählt. Auf diese Weise gehören heute über 1 Million Griechen in Amerika zum Patriarchat Konstantinopel, einer der wichtigsten materiellen Rückhalte für das in seiner unmittelbaren Umwelt einem schweren Existenzkampf ausgesetzte Patriarchat. (Die Soziographische Beilage des kommenden Heftes wird einen Überblick über die gesamten Ostkirchen geben.)

... und zu Rom

Im Unterschied zum Patriarchat von Konstantinopel ist die Polemik der griechischen Kirche gegen die römisch-katholische an der Tagesordnung, was in unserem Zusammenhang besonders zu berücksichtigen ist. Die Verfassung garantiert die Freiheit der „bekannten Religionen“ und „die ungehinderte Ausübung ihres Kults (§ 1) und die Freiheit des religiösen Gewissens“ (§ 2). Was aber die sich daraus ergebende Freiheit auch der katholischen Kirche in Griechenland betrifft, findet sie auf seiten des Volkes im allgemeinen keine besondere Zustimmung oder Sympathie. Die starke Reserve der orthodox-griechischen Bevölkerung der katholischen Kirche gegenüber hat weitreichende historische Wurzeln. Einmal spielt bis heute in die Vorstellung der Griechen das Verhalten der Kreuzritter auf dem byzantinischen Reichsboden mit. In griechischen Volksliedern werden manchmal die Westchristen schlechthin Franken genannt und mit den Türken verglichen. „Zwar hören wir Okzidentalern es nicht gern, wenn man von fanatischer Unduldsamkeit, von barbarischer Unkunde der Menschen und Dinge und endlich von einfältiger Wirtschaft unserer Vorfahren und Landsleute im Orient redet“, sagt Jakob Philipp Fallmerayer in seiner Schrift „Hagion-Oros oder der heilige Berg Athos“ (1845) bei der Erörterung des „unübersehbaren Elends, das sich in den dritthalbhundert Jahren zwischen der Herrschaft der Lateiner im Orient und dem Einzug Sultan Mohammeds II. durch das Kanonentor in Konstantinopel über alle Provinzen des illyrischen Dreiecks legte“. „Es stand aber damals, wie man weiß, das lateinische Abendland unter der Oberlehnherrlichkeit des römischen Stuhles, und alles von den Byzantinern erduldet Ungemach fiel in ihrem beschränkten Sinn auf den Papst zurück. Und wenn man hier wiederholt erklärt, daß die türkische Herrschaft bei den Griechen als eine Art Restauration und Sicherstellung wider lateinische Verfolgung galt und vorzüglich von der Geistlichkeit allenthalben begünstigt wurde, so kann es nur noch Unkunde und törichtes Selbstgefallen einiger Abendländer verdrießen, wenn man byzantinische Abneigung gegen das Lateinertum für wohlbegründet und permanent erklärt.“ Diese Sätze des Münchener Professors und Mitbegründers der deutschen Byzantinistik (1790—1861) sollten zu denken geben, wenn man die Reaktion der Griechen auf die vom Westen ergriffene Initiative in der Frage der christlichen Wiedervereinigung richtig einzuschätzen sich bemüht. Es geht daraus hervor, daß die starke Zurückhaltung des orthodoxen Ostens wesentlich von außerkirchlichen Motiven gespeist wird.

Nicht zufällig hat sich die weltliche Presse zum päpstlichen Konzilplan im allgemeinen weit zurückhaltender — um nicht zu sagen unfreundlicher — geäußert als die kirchlich-theologische Presse. Vor allem herrscht eine starke Skepsis hinsichtlich der Verwirklichungsmöglichkeiten eines solchen Plans. Die große liberale Athener Morgenzeitung „To vima“ (30. 12. 58) bezeichnete die Initiative des Papstes als die „Wiederholung eines alten und unglücklichen Versuchs“, dessen Realisierung seit langem als ausgeschlossen betrachtet werde und der auch in unseren Tagen nicht zu verwirklichen sei. Wenn Rom etwas unternahme, um die Kräfte der christlichen Kirchen angesichts der akuten Gefahr der Religionslosigkeit und des Atheismus zu koordinieren, so sollte es „nicht die Fragen erneut aufwerfen, die die Christenheit in der Vergangenheit getrennt haben, sondern durch einen anderen, annehmbaren Modus die Harmonisierung der christlichen Bemühungen anstreben“.

Dieselbe Zeitung (To vima, 4. 1. 59) machte diese Skepsis sogar gegen den optimistischen Grundton geltend, den sie in der Neujahrsbotschaft des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel rügen zu müssen meinte: „Eine so große Frage, die das Christentum während langer Jahrhunderte beschäftigte, wird nicht so schnell und leicht gelöst werden können, trotz des Wunschaustausches zwischen Vatikan und Fanar“ (Fanarion heißt der Stadtteil Istanbuls, in dem das Ökumenische Patriarchat gelegen ist). Bekanntlich sprach Patriarch Athenagoras von Konstantinopel in seiner Neujahrsbotschaft die Hoffnung aus, daß jeder Appell zur Einheit von solchen konkreten Handlungen begleitet werden würde, die beweisen, daß Absicht und Tun in vollem Einklang stehen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 274). Diesen Satz der patriarchalischen Botschaft bezeichnet die Zeitung als einen „völlig formellen Ausdruck“; „denn“, fragt sie, „welches sind die Taten, die der Papst zur Kirchenvereinigung verwirklichen könnte? Und wie ist es möglich, daß die orthodoxe Ostkirche über diese Taten keine Kenntnis und Meinung hat?“ Neben dem Zweifel in die Lauterkeit der Absichten des Papstes klingt hier eine Kritik an der Haltung des Ökumenischen Stuhls in Konstantinopel hindurch, dem vorgeworfen wird, daß er nicht von vornherein und mit genügender Deutlichkeit die orthodoxe Position gegenüber Rom abgesteckt hat.

Natürlich gibt es auch Stimmen, die der Neujahrsbotschaft des Patriarchen Beifall zollen. So hob „Anaplasia“ (März 1959) die „wahrhaft christlich-ökumenische Einstellung“ des Patriarchen hervor. Doch ist zu berücksichtigen, daß diese Monatszeitschrift von Akademikern herausgegeben wird, deren Tendenz ohnehin auf eine Überwindung des Nationalismus in geistig-religiösen Fragen geht.

„Keine Unterwerfung unter Rom“

Diese Devise kommt einmütig überall zum Ausdruck, und am prägnantesten formuliert sie die Athener linksliberale „Eleftheria“ (13. 2. 59) mit der Überschrift über ihre Meldung der Patriarchenbotschaft: „Die Orthodoxie nimmt eine Vereinigung der Kirchen, jedoch keine Kapitulation an.“ In jedem Schritt Roms wittert der Grieche die Gefahr päpstlicher Hegemoniebestrebungen, denen gegenüber die östlich-orthodoxe Kirche auf der Hut sein müsse.

Die bedeutende Athener konservative Tageszeitung „I Kathimerini“ (30. 12. 58) erläuterte die Gründe für die gebotene Wachsamkeit gegenüber Rom. Auszugehen sei von der Tatsache, daß das große Schisma zwischen West- und Ostkirche nicht eigentlich dogmatischer Natur gewesen sei und heute noch viel weniger hierin seine Begründung habe. Die Spaltung der Kirchen habe politische Gründe, insofern der Heilige Stuhl insbesondere den politischen Primat, das heißt die Verwaltung der ganzen christlichen Kirche, beanspruche. Mit einer solchen Mentalität ließen sich aber keine echten und wirksamen Schritte zu einer gesamtchristlichen Wiedervereinigung unternehmen. Die hierzu benötigte Ökumenizität, Universalität der kirchlichen Position und der Glaubenshaltung spricht die Zeitung der römischen Kirchenführung ab. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die Tatsache hin, daß zumeist nur Italiener auf den päpstlichen Stuhl gewählt wurden, im Widerspruch zur ungeheuren Anhängerzahl der römisch-katholischen Kirche. Die sich hierin zeigende Haltung — „Enge der Grenzen, Enge des Herzens“ — befähige Rom keinesfalls, die gesamte Christenheit unter seine Fittiche zu nehmen. Unter diesen Umständen sei es sehr schwierig, zu einem wahrhaft brüderlichen Verhältnis zurückzukehren. „Lasset uns zumindest einander liebende und in Eintracht lebende Vettern bleiben“, beschließt die Zeitung ihren Artikel.

Der Hinweis auf die Ökumenische Bewegung

Diesen düsteren Ausblick auf die Möglichkeit einer Wiedervereinigung korrigierte „I Kathimerini“ in gewisser Hinsicht am 4. 1. 59, als inzwischen die Neujahrsbotschaft des Patriarchen von Konstantinopel bekannt geworden war. Der optimistischere Ton, der hier angeschlagen wird, gilt allerdings ganz den durch die Ökumenische Bewegung geschaffenen Kontakten und der Hoffnung auf ihre Erweiterung durch Einschaltung auch der römischen Kirche. Der Artikel nimmt den Satz des Patriarchen auf, daß die christlichen Kirchen vor allem jetzt ihren Worten *Taten* folgen lassen müßten, und sieht die Erfüllung dieser Forderung für die griechisch-orthodoxe Kirche darin gegeben, daß sie mit dem Weltkirchenrat zusammenarbeitet, während der Katholizismus ihm seine Mitwirkung versage. Auf die Schwierigkeiten, die sich der Kirche von Griechenland in ihren Beziehungen zum Weltrat der Kirchen entgegenstellen und die in letzter Zeit zu einer echten Krise der Ökumenischen Bewegung in Griechenland geführt haben, wird hier nicht eingegangen; offenbar hat der Verfasser des Artikels mehr die Teilnahme des griechischen Ökumenischen Patriarchats an der Ökumenischen Bewegung im Auge. „Wichtig wäre es, daß der Heilige Stuhl seine Stellung gegenüber dem Weltkirchenrat revidiert und an seiner großen Sozialarbeit teilnimmt.“ Die Vermutung liegt nahe, daß dieser Gedanke nicht allein die eigene Auffassung oder den Kommentar der Zeitung „I Kathimerini“ zu den vom Patriarchen Athenagoras erhofften konkreten Handlungen Roms darstellt, sondern daß der Patriarch selbst die römische Kirche auf den Weg zum Weltrat der Kirchen verweisen wollte, hatte er doch gleichfalls deutlich auf seine „positive Mitwirkung“ in den „weitverbreiteten interkirchlichen Organisationen“ hingewiesen.

Bei der heutigen kirchlichen Situation, fährt der Artikel in „I Kathimerini“ fort, reicht jedoch auch eine Vereinigung der Orthodoxie mit der römischen Kirche nicht aus, um die wahre Einheit zu erreichen; auch die Protestanten

müssen mittun. „Es wäre sogar möglich, daß die Vereinigung der Orthodoxie mit dem Protestantismus zuerst erfolgt und erst dann die Vereinigung mit der römischen Kirche.“ Mit diesen etwas nebulösen Vorstellungen, die eher weltlich-politischen Ideen zu entspringen scheinen, beweist der Artikel wenig Kenntnis über die Haltung der orthodoxen Kirche zu diesem Problem. Der Verfasser selbst sagt ganz richtig, daß der Protestantismus als Grundvoraussetzung für seine Mitwirkung am Vereinigungswerk zunächst seine eigene innere Einheit herzustellen habe.

Die Stimmen der Theologen

Zwar blickt die ganze orthodoxe Welt in der die ganze Christenheit angehenden Frage eines Allgemeinen Konzils und einer möglichen Wiedervereinigung auf die Haltung des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel, ebenso wichtig ist aber die Stellungnahme der Kirche von Griechenland, ohne deren Rückhalt das Patriarchat auf die Dauer keine Position in einer so entscheidenden Sache halten kann.

Bisher hat sich die Kirche von Griechenland dem eigentlichen Konzilsplan gegenüber jedes offiziellen Kommentars enthalten, wie übrigens auch das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel. Ein Sprecher der Kirche von Griechenland verwies auf die hierfür ausschlaggebende Autorität des Patriarchen, der allein die autokephalen orthodoxen Kirchen zur Beschlußfassung zusammenrufen könne (OePD, 6. 2. 59). Das offizielle Organ des Heiligen Synods, „Ekklesia“ (Nr. 2, 15. 1. 59), brachte einen Leitartikel seines Schriftleiters Theodosios Sperantas, in dem er die Initiative des Papstes im Hinblick auf die internationale Situation, die die Wiedervereinigung der Kirchen mehr denn je nötig mache, freudig begrüßt, andererseits jedoch auf die großen Unterschiede zwischen den Kirchen hinweist, vor allem auf die „Mauer“, die das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes zwischen Rom und den nicht-römischen Kirchen errichtet habe.

Außerungen von Hierarchen der Kirche von Griechenland sind uns noch nicht zugänglich geworden. Vermutlich hält sich die Hierarchie, in deren Schoß erst kürzlich heftige Diskussionen um die Stellung zur Ökumenischen Bewegung stattgefunden haben (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 260—262), zurück, um nicht einer Stellungnahme des Heiligen Synods oder des Patriarchen von Konstantinopel vorzugreifen. Als eine indirekte, vorläufige Reaktion der Kirchenleitung ist vielleicht eine längere Untersuchung über das Thema „Hat der hl. Chrysostomos den päpstlichen Primat anerkannt?“ anzusehen, die in der „Ekklesia“ (Nr. 2, 15. 1. 59) begonnen wurde und zur Zeit noch fortgesetzt wird.

In dieser Situation können wir uns vorerst nur mit Äußerungen der Laientheologen bekannt machen, unter denen besonders der Athener Professor Alivisatos hervorgetreten ist.

Als das positive Moment, das die theologischen Kreise in die Diskussion bringen, ist zweifellos das unter den Griechen oft anzutreffende Gefühl der Nähe zu der auf gleicher apostolischer Grundlage stehenden, anders gearteten, aber für den Westen eben legitimen römischen Kirche zu betrachten. Auf dieser Grundlage hat die Ostkirche von jeher keine ernsthaften Versuche gemacht, ihre Jurisdiktion über den Westen zu erstrecken. Man ist sogar bereit, unter Berücksichtigung der geschichtlichen Fakten erneut und ausdrücklich die Anerkennung des Ehrenprimats des

Nachfolgers des Apostels Petrus als primus inter pares zu wiederholen, so wie der neue Patriarch von Antiochien, Theodosios VI., den Papst in dieser Eigenschaft als Vorsitzenden eines Ökumenischen Konzils anerkannt hat (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 275). In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn Professor Hamilkar Alivisatos in der theologischen Zeitschrift „Orthodoxos Skepsis“ (31. 1. 59) den kanonischen Primat des Papstes als eine selbstverständliche Voraussetzung betrachtet. Dieser von den Orthodoxen anerkannte Primat des Papstes bedeutet aber nicht etwa auch die Befugnis zur *Einberufung* eines Ökumenischen Konzils, bei der, wie ein anderer Autor in „Orthodoxos Skepsis“ (28. 2. 59), Damianos M. Strouboulis, unterstreicht, auch die Oberhäupter sämtlicher anderen Konfessionen mitzuwirken hätten, also auch der Orthodoxen und der Protestanten. Aus zweierlei Gründen erscheint dem Verfasser die Abhaltung eines wahrhaft Ökumenischen Konzils unmöglich: weil der Papst die Absicht hat, von sich aus das Konzil einzuberufen, und weil die kanonische Position der Protestanten, die ihre Rolle bei der Einberufung des Konzils bestimmte, völlig ungeklärt sei.

Nach Prof. Alivisatos (Orthodoxos Skepsis, 31. 1. 59) versteht der Papst seinen Primat in der Weise, daß er zur Vereinigung der Kirchen die absolute Unterordnung der nichtrömischen Christen unter ihn als unter das einzige Oberhaupt der Kirche und den einzigen Vertreter Christi auf Erden fordere. Dieses Ziel erstrebten alle ähnlichen Aufrufe der Vorgänger des heutigen Papstes. Unter diesen Umständen sei aber die Stellung der orthodoxen Kirche klar, denn sie sei der Auffassung, daß der päpstliche Primat in der römischen Interpretation mit ihren demokratischen Prinzipien unvereinbar ist und gegen das Neue Testament verstößt. Von dieser Haltung könne die orthodoxe Kirche keineswegs abweichen, ohne eine Verfälschung ihrer Wesenseigenart zu riskieren, und eben aus diesem Grunde könne auch die römische Kirche nicht ihre Position aufgeben. Der päpstliche Aufruf zur Einheit sowohl als auch der Wunsch des Patriarchen von Konstantinopel würden daher leere Buchstaben bleiben.

Mit einem enttäuschten Blick auf die eigene Kirche, die wieder einmal eine Gelegenheit verpaßt habe, kommt gelegentlich eine Anerkennung der päpstlichen Initiative zum Ausdruck, da der Papst es verstanden habe, die Weltmeinung zugunsten der katholischen Kirche günstig zu stimmen (Strouboulis, in „Orthodoxos Skepsis“, 28. 2. 59). Wie sehr auch die römische Auffassung von der „Ökumenizität“ eines Konzils von der orthodoxen abweichen möge (vgl. die Erläuterungen von P. Dumont, Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 355 ff.), so versteht man in Griechenland doch, daß sich die päpstlichen Verlautbarungen in ihrer Gesamtheit insbesondere an die Orthodoxen richten. Dazu brauchte es nicht erst der von Radio Vatikan veranstalteten Diskussion, in der als die besondere Hoffnung des Konzils die Wiederherstellung der Einheit mit den 150 Millionen orthodoxen Christen bezeichnet wurde. Man weiß sich in Griechenland mit Rom darin einig, daß die Einheit der Christenheit vor allem durch den Zusammenschluß der alten Apostolischen Kirchen wiederhergestellt werden muß. Diese Ansicht vertrat auch der ehemalige Minister Philippos Dragoumis in einer recht positiven Stellungnahme zu einem Artikel des französischen Diplomaten und Mitglieds der Académie Française, Wladimir d'Ormesson, über die Ziele eines Ökumenischen Konzils. Es spricht für das große Interesse der

griechischen Öffentlichkeit, daß dieser Artikel sowohl im Wochenblatt des Patriarchen von Konstantinopel („Apostolos Andreas“, 18. und 25. 2. 59) als auch in der Tageszeitung „I Kathimerini“ (31. 1. 59) veröffentlicht wurde.

Kombinationen um die päpstliche Initiative

Damianos M. Strouboulis, der in seinem obengenannten Artikel die Ansicht vertritt, daß ein nach orthodoxer Auffassung „ökumenisches“ Konzil nicht zustande kommt, glaubt zweierlei Gründe zu erkennen, die dem Papst die Idee eingaben, alle Bischöfe der römischen Kirche zu einer eindrucksvollen Synode einzuberufen, nämlich die Absicht, die Macht der Kirche vor dem Westen und vor dem Osten zu demonstrieren, und das Bestreben, der nach monarchischem Prinzip regierten römischen Kirche einen zeitgemäßen demokratischen Anstrich zu geben.

Prof. Alivisatos führt den päpstlichen Aufruf zur Einheit auf die durch die Weltsituation gegebenen Notwendigkeiten zurück (Orthodoxos Skepsis, 31. 1. 59); in dieser Hinsicht sei er zweifellos aufrichtig gemeint, und der Verfasser glaubt dafür einen Beweis in der Position gegenüber den Protestanten zu sehen, die der Vatikan und vor allem der jetzige Papst eingenommen hätten. Er gibt sich der Hoffnung hin, daß die Initiativen des Papstes wie auch die des Weltkirchenrates schließlich zur Einheit führen mögen. „Wird ein solches Wunder in unseren Tagen vollbracht, so wird der die Initiative ergreifende Papst die Worte des Herrn der Kirche zum Apostel Petrus auf sich beziehen können: ‚Ich aber habe für dich gebetet, daß dein Glaube nicht aufhöre. Und wenn du dermaleinst dich bekehrst, so stärke deine Brüder‘ (Luk. 22, 32).“

In einer Artikelserie (I Kathimerini, 23.—28. 1. 59), die einer scharfen Kritik der Beschlüsse der letzten Synode der griechischen Hierarchie gilt, kommt Alivisatos im Zusammenhang mit der von ihm vertretenen Haltung gegenüber der Ökumenischen Bewegung auch auf den päpstlichen Appell zu sprechen (24. 1. 59). Hier vertritt er die Ansicht, daß gerade die um sich greifende und fortschreitende Tätigkeit des Weltrats der Kirchen einer der wichtigsten Antriebe zur jetzigen Initiative Roms gewesen sei. Die katholische Kirche habe die Einladung zur Mitwirkung an der Arbeit des Weltrats kategorisch abgelehnt, da nur sie die Eine Kirche sei und die Einigung der Christenheit nur durch Rückkehr zur katholischen Kirche bewerkstelligt werden könne. Der Weltrat, der den Protestanten eine Vereinigungsmöglichkeit, den Orthodoxen ein internationales Forum geschaffen habe, sei nun aber auch ohne Teilnahme Roms gewachsen, so daß sich Rom isoliert fühle. In dieser Lage habe der Vatikan seine stillschweigende Zustimmung zu den Kontakten zwischen katholischen und protestantischen Geistlichen und Theologen in Frankreich und Deutschland erteilt. Der Appell des Papstes stehe „nicht ohne Beziehung“ zu dieser sich wandelnden Politik Roms.

Um die „Ökumenizität“ des Konzils

In der liberalen Zeitung „To vima“ (1. 2. 59) beschäftigte sich Prof. Alivisatos mit der Frage „Ist die Einberufung eines Ökumenischen Konzils, wie es der Papst vorschlägt, möglich?“ Er vermerkt zunächst das Interesse und den Widerhall, den der Aufruf des Papstes gefunden habe, weist aber auf folgende Schwierigkeiten hin:

Nach orthodoxer Ansicht ist die Einberufung eines Ökumenischen Konzils zur Zeit nicht möglich, weil die not-

wendigen Voraussetzungen (eingehende theologische Vorarbeiten) fehlen. Die orthodoxe Kirche würde ferner darin eine Verletzung ihrer Tradition sehen, ein Konzil als ökumenisch einzuberufen, das der universalen Eigenschaften der sieben ersten Ökumenischen Konzile entbehrte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 274). Auch das eventuell realisierbare Panorthodoxe Konzil wäre kein ökumenisches. Schließlich ist auch von Rom aus gesehen die Teilnahme der orthodoxen Kirche an einem von Rom einberufenen Konzil nicht ohne weiteres möglich, was sich aus der katholischen Auffassung über die Autorität der Ökumenischen Konzile ergibt.

Während das ökumenische Konzil für die Orthodoxen das oberste, souveräne Organ der gesamten Kirche sei, stelle es nach römischer Auffassung nicht mehr als ein den Papst beratendes Kollegium dar, für das die Autorität des Papstes über jeglicher anderer Autorität stehe. Ein vom Papst einzuberufendes „ökumenisches“ Konzil würde die Frage der Vereinigung der Kirchen notwendigerweise mit der allgemeinen Anerkennung des päpstlichen monarchischen Primats lösen wollen. Eine gleichberechtigte Teilnahme der Orthodoxen ist nach Ansicht von Prof. Alivisatos ohnehin für Rom nicht möglich, weil die orthodoxe Kirche von der katholischen Kirche mindestens als schismatisch, wenn nicht als häretisch (wegen der Ablehnung der späteren römischen Dogmen) angesehen wird.

Alivisatos sieht also eine „apriorische Unmöglichkeit“ voller orthodoxer Teilnahme an dem geplanten Konzil, sowohl vom orthodoxen als auch vom katholischen Standpunkt aus. Unter diesen Umständen frage es sich, wie sich der Papst aus diesen beiden *non possumus* (zu denen noch das dritte „*non possumus*“ der Protestanten komme) überhaupt ein positives Ergebnis erhoffe.

Vorschläge

Alivisatos folgert, daß Rom die Orthodoxen nur als Beobachter, nicht als vollberechtigte Teilnehmer des Konzils einladen könne, und tritt für die Annahme einer solchen Einladung durch die orthodoxe Kirche ein, zumal sie ihr wahrscheinlich auch die Möglichkeit geben würde, ihre eigene These über die Vereinigung vorzubringen. Dies ist bekanntlich einer der Leitgedanken, von dem sich die Orthodoxen bei ihrer Teilnahme an der Ökumenischen Bewegung bisher haben inspirieren lassen. Alivisatos erhofft sich durch diesen technisch-organisatorisch nicht festgelegten, freien Kontakt die Einigung auch in solchen

Punkten, wo sie im allgemeinen noch für völlig undenkbar gehalten wird.

Die eigentliche Lösung des Vereinigungsproblems sieht der griechische Theologieprofessor in der Idee der „brüderlichen Koexistenz“. Er vertritt sie mehr oder weniger ausführlich in allen seinen Beiträgen. Die Koexistenz beider Kirchen bedeutet nach dieser Auffassung die Rückkehr zu der Situation vor dem Schisma. Dem Verfasser schwebt die Vorstellung von einer gemeinsamen Führung der Christenheit durch die fünf Oberbischöfe von Rom, Konstantinopel, Alexandrien, Antiochien und Jerusalem vor, wie sie auch nach der bereits erwähnten Äußerung des Patriarchen Theodosios VI. von Antiochien in der ungeteilten Kirche bestanden habe (wobei der Papst lediglich als Patriarch des Westens gegolten habe). Hier hatten sich die Unterschiede zwischen westlicher und östlicher Christenheit bereits markant, im Wege unabhängiger Entwicklung beider Teile, herausgebildet. Da weder der Osten noch der Papst gegenseitige Ansprüche erhoben hätten, sei die Einheit der Kirche bewahrt worden. Eine Rückkehr zu dem vor dem Schisma herrschenden System der Koexistenz zwischen orthodoxer Demokratie und päpstlicher Monarchie, die Rückkehr zu jenem „stillschweigenden Respekt“ voreinander ohne viel Pathos und ohne viel Bedenken sei leicht und würde geringe Opfer von beiden Seiten fordern. Dies würde sowohl die Unabhängigkeit beider apostolischer Kirchen als auch ihre gesegnete Vereinigung gewährleisten. Die Konzessionen, die von beiden Seiten gemacht werden müßten, wären die Erhebung dessen zum offiziellen Prinzip, was vor dem Schisma faktisch und sozusagen unbewußt gegolten habe. Wohl würde eine derartige gegenseitige Anerkennung des Status quo der beiden Kirchen in ihrem geistlichen Raum noch den Keim künftiger Spannungen in sich tragen, doch *tertium non datur!* Denn jede andere Vereinigung der Kirchen müßte die Preisgabe der Prinzipien mindestens einer von beiden bedeuten, was aber völlig ausgeschlossen sei. Alivisatos schlägt daher vor, das päpstliche Ökumenische Konzil solle die Möglichkeit der Koexistenz beider Kirchen diskutieren. Wer wisse, beschließt Prof. Alivisatos seinen Artikel in „*To vima*“ (1. 2. 59), ob nicht auf diesem Konzil der Geist Gottes, „der wehet, wo er will“, das Herz und die Vernunft der Teilnehmer zu paradoxen und logisch unerwarteten Entscheidungen führt, wie einst in Jerusalem, und zur Verwirklichung einer Vereinigung, nicht wie sie die Menschen wollen, sondern wie sie Gott will, „der will, daß alle Menschen gerettet werden und zur Erkenntnis der Wahrheit kommen, daß alle eins seien“.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BEIL, Alfons. *Kirchenmüdigkeit?* In: Die Kirche in der Welt Jhg. 10 Lief. 2 Nr. 24 S. 129—136.

Beil stellt zunächst eine allgemeine Kirchenmüdigkeit bei unseren Gläubigen fest, die sich aus den Schwierigkeiten des Glaubens ergebe, dann aber auch, wie man mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden suche: durch Selbstherrlichkeit, eine defensiv-apologetische Einstellung gegenüber den Mächten der Zeit. Die Gefahr erscheint Beil heute in mancher Hinsicht größer als im 15. Jahrhundert. Nicht ein Abfall sei zu befürchten, sondern ein langsames Abbröckeln. Überwunden könne u. a. die Gefahr werden, indem die Theologen die neuen Erkenntnisse der Wissenschaft ernsthaft verarbeiteten und die Verkündigung das wahre Bild von Gott predige, der Herr und die Liebe ist.

DANIÉLOU, Jean. *Théologie et communauté internationale.* In: Revue de l'Action Populaire Nr. 127 (April 1959) S. 405 bis 414.

Diese theologischen Bemerkungen zur Gemeinschaft der Nationen befassen sich mit zwei Problemen: dem der Einheit und Verschiedenheit der Völker und dem des Friedens. Die Einheit der Völker liegt in der Einheit der Schöpfung, die Verschiedenheit widerspricht ihr nicht, sie ist ebenfalls naturgegeben (s. die Nachfolge der drei Söhne Nochs, die Idee der „Engel der Nationen“); der Turmbau von Babel bedeutet dann, daß die Verschiedenheit sich nicht mehr zur Einheit zusammenfügen will. Die neue Einheit können die verschiedenen Völker nur in Christus finden. Die Idee der einen Religion für alle Völker ist aber den Völkern bis heute schwer verständlich. Das Christentum bringt nicht politischen Internationalismus, sondern Frieden, und zwar in der Anerkennung des einen Gottes, des Naturgesetzes und des ewigen Ziels.